

Friedensverhandlungen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **9 (1919)**

Heft 25

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-639253>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Friedensverhandlungen.

Die Unterschrift.

Der zweite, letzte und endgiltige Entwurf des Friedensvertrages wurde der deutschen Delegation übergeben, in einem einzigen Exemplar, bestehend aus dem korrigierten ersten Entwurf, in welchem die Aenderungen mit roter Tinte eingetragen wurden. Das besagt in schrecklicher Symbolik soviel, wie die Unwesentlichkeit der vorgenommenen Aenderungen.

Es wird den Deutschen verheißen, daß man sie sobald als möglich, wahrscheinlich nach Erfüllung ihrer Verpflichtungen in den Völkerbund aufnehmen werde. Für Oberschlesien wird eine Volksabstimmung über seine staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Deutschland hofft, für die dortige, mehrheitlich polnische Bevölkerung größere Anziehungskraft zu haben als der klerikal-aristokratisch orientierte neupolnische Staat. In der „Prinzipienerklärung“ sagen die Alliierten über die Lösung der polnisch-deutschen Frage aus, daß jedes Gebiet, das unzweifelhaft deutsch bevölkert sei, an Deutschland kommen werde, die Enklaven ausgenommen, ferner die in jüngster Zeit durch künstliche Entnationalisierung den Polen entrisenen Gebiete. Danzig soll nicht zum Staate Polen gehören. Polen wird nur wirtschaftliche Rechte über den Hafen erhalten. Zweifellos enthält diese „Erklärung“ dasjenige Stück des ganzen Vertrages, das man als gerecht bezeichnen darf. Alldeutsches Geschrei über die Spolierung des reindeutschen ostpreußischen Landes vom Reiche soll nicht über diese Tatsache hinwegtäuschen. Denn historisch bestand das unabhängige Ostpreußen Jahrhunderte lang neben dem polnischen Reiche, isoliert von Deutschland, sozusagen als Kolonie im slavisch-litauischen Osten, und die Teilung Polens unseligen Andenkens rechtfertigt nicht den künstlich hergestellten Zusammenhang jener Kolonie mit dem Reiche.

Kann man diesem Teil des nunmehr revidierten Vertrages Gerechtigkeit nachsagen, so leider keinem andern. Es ist bezeichnend für die Ohnmacht Wilsons und die Allmacht Clemenceaus am Tische der Vier, daß in der erwähnten Prinzipienerklärung, die Wilson mitredigieren half, ausdrücklich erklärt wird, die deutschen Gegenvorschläge ständen in vollkommenem Widerspruch mit der vereinbarten Basis, also den vierzehn Punkten. Der Satz wirkt verführerisch, weil er in Beziehung zu den polnischen Grenzfragen ausgesprochen wird und in diesem Falle auch stimmt. Setzt man ihn aber zu den deutschen Gegenvorschlägen und vergleicht damit die Friedensbasis, so weiß man nicht, worüber man mehr staunen soll, ob über die Kühnheit, womit er ausgesprochen wurde, oder über die Wilsonsche Interpretation seiner eigenen Prinzipien. Es bleibt dabei, daß der Abstimmungsartikel über das Saargebiet, die Verwaltung jener Gegend durch eine aufgenötigte internationale Kommission, ohne Befragung der Einwohner, die Behandlung der deutschen Gebiete Oesterreichs, die Lösung der kolonialen Fragen Ungerechtigkeiten, die finanziellen Bestimmungen aber Wahnsinn genannt werden müssen. Man weiß noch nicht, wie die finanziellen Fragen letzten Endes aussehen werden. Man kennt nicht die endgiltige Summe der Entschädigungen. Aber alle Berichte von Havas sind mit den angebotenen hundert Milliarden Goldmark unzufrieden und steigern die Zahl bis auf 250 Milliarden, ein Zeichen, mit welcher Hartnäckigkeit die französischen Rentner sich für ihre Ersparnisse zu wehren gelommen sind. Und was will Wilson gegen sie unternehmen?

Die Deutschen werden nun eine Frist zur Unterzeichnung bis Montag den 23. Juni erhalten. An jenem Tage läuft der Waffenstillstand ab und die Franzosen werden zum Vormarsch bereit sein. Indessen, nicht nur Truppen warten auf die Rheinpassage. In allen Rheinhäfen liegen Massen von Waren bereit, um die hungernden Deutschen zu erfreuen. Was wird nun das Konsortium der Demokraten und Mehrheitler tun? Seit Wochen könnte es aus allen Zeitungen,

widerhallte es vom Kongreß der Mehrheitler in Weimar, überdonnerte namentlich aus den halbpolnischen Gebieten der Lärm der Alldeutschen jede andere Stimme mit dem einzigen Schrei: „Unannehmbar! . . .“ Nur die unabhängigen Sozialisten sprachen aus Gründen der Opportunität für die Unterzeichnung, und ihre Feinde sahen darin die Vorbereitung jener Partei zur Uebernahme der Regierung, wenn Ebert-Scheidemann über dem Vertrag zu Fall kommen sollten. Ja, Noske warf ihnen am Weimartag vor, sie hätten bereits in Unterhandlungen mit den Truppen der Reichswehr gestanden, um sich ihrer Neutralität für die Tage des Umsturzes zu versichern.

Die Entwicklung jenes „Unannehmbar“ zum zerknirschten „Es muß sein“ scheint aber heute festzustehen. Die Mehrheitler sind doch zu sehr Opportunisten, um auf eine baldige Revolution der Entente-Arbeiter zu zählen, und können ebensogut wie die nunmehr abschwenkenden demokratischen und Zentrumsblätter, „Germania“ und „Frankfurter-Zeitung“, bei Ablehnung der Bedingungen die Wahrscheinlichkeit eines nationallistischen Aufstommens in Frankreich voraussehen. Einzig die ostelbischen Junker drohen mit bewaffnetem Aufstand. Daß diese Regierung es über sich bringen werde, den Rat eines Walter Rathenau zu befolgen: Die Verwaltung Deutschlands einfach in die Hände der Alliierten niederzulegen, ist kaum zu erwarten. Und Dernburgs Wort: „Nichts steht den Alliierten im Wege, nach Berlin zu gehen“, hat zur Voraussetzung, daß die Franzosen diesen Vormarsch überhaupt planen würden. Daran ist aber nicht zu denken, vielmehr an eine grausame Blockade, die wohl nach einiger Zeit an den Handelsinteressen Amerikas scheitern müßte, aber Zeit genug fände, um Deutschland richtig zu ruinieren. Also — unterzeichnen und die Revisionsklausel denken . . . das wird der Weg sein.

Es ist so belanglos, diese Fragen: Unterzeichnen oder nicht unterzeichnen? Denn die Unterschrift bringt uns den Frieden nicht. Die Beseitigung der eigentlichen Ursachen wird allein jene große Krise erledigen, deren Ausdruck der Krieg war, deren Ausdruck nach dem Krieg die innern Kämpfe sein werden. Ob die riesige Streikwelle, die seit zwei Wochen Italien und Frankreich schüttelt und nach England übergreifen will, ob die bolschewistisch inspirierte Meuterei französischer Matrosen vor Odessa der Beginn kommender Revolutionen auch im Westen Europas sind, darüber kann es gar keinen Zweifel geben. Die Sabotage der Produktion durch den Streik beschleunigt den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Kapitalsystems.

Es ist ein sonderbares Zeichen für die Stärke der Alliierten, daß sie der totgesagten Regierung Bela Kuns in Budapest den Triumph eines Sieges über die Tschechen gönnen müßte, daß die rumänischen Truppen an der Theiß stehen bleiben, die südslavischen überhaupt nicht marschieren und daß man Nezer zur Verteidigung Preßburgs abordnet. Der tschechische Kommunistenführer Muna wird verhaftet, aber die Slowaken sehen dem ungarischen Vormarsch über Kaschau, Schennik, Leva und Eperies tatenlos zu. Und zwischen Waizen und Preßburg jubeln die befreiten rein-magyarischen Komitate. Was soll der Entente jener von ihr als russische Regierung anerkannte sibirische Zar Kolttschak helfen, dessen Truppen Kasan und Ufa räumen müssen, der sich in Sibirien selber nur durch einen Terror, schrecklicher als der rote, halten kann?

-kh-

Spruch.

Ich achte heute noch, was ich einst geachtet:
Dem Manne Schmach, dem Gold und Gut gegeben,
ohn' daß er durch ein zwiefach adlig Leben
den blinden Zufall auszugleichen trachtet.
Verharren wir im „Unfern“ ohne Liebe,
so schilt man uns nicht nur, so sind wir Diebe.

Christian Morgenstern.